



DIESER «FROHE BOTSCHAFTER» starb wie er lebte, wie er *lehrte* – nicht um «die Menschen zu erlösen», sondern um zu zeigen, wie man zu leben hat. Die *Praktik* ist es, welche er der Menschheit hinterließ: sein Verhalten vor den Richtern, vor den Häschern, vor den Anklägern und aller Art Verleumdung und Hohn – sein Verhalten am *Kreuz*. Er widersteht nicht, er verteidigt nicht sein Recht, er thut keinen Schritt, der das Äußerste von ihm abwehrt, mehr noch, *er fordert es heraus ...* Und er bittet, er leidet, er liebt *mit* denen, *in* denen, die ihm Böses thun ... Die Worte zum *Schwächer* am Kreuz enthalten das ganze Evangelium. «Das ist wahrlich ein *göttlicher* Mensch gewesen, ein «Kind Gottes» sagt der Schwächer. «Wenn du dies fühlst – antwortet der Erlöser – *so bist du im Paradiese*, so bist auch du ein Kind Gottes ...» *Nicht* sich wehren, *nicht* zürnen, *nicht* verantwortlich-machen ... Sondern auch nicht dem Bösen widerstehen – ihn *lieben ...*

Friedrich Nietzsche

Christuslob im «Antichrist»

Der kurze Abschnitt gehört zu den kostbarsten und intimsten Stücken innerhalb des «Antichrist». Hohn und Härte sind überwunden. Eher Mozarts ernstem Glanz nahe, fließen Nietzsches Sätze dahin. Er hat in der Tat «das Handgelenk frei».

Sein Blick fällt auf den «frohen Botschafter». Aber nun auf dessen Sterbe-«Praktik». Nietzsches Ehrfurcht und Innigkeit wächst in diesem Text von Satz zu Satz. Der Einklang von Lehre, Leben und Tod, wie er ihn bei Jesus vernimmt, tröstet seinen an der Fülle schwerer Fragen abgearbeiteten Geist und bestärkt sein Gefühl der Verwandtschaft mit dieser «fremden Gestalt». So formuliert er das proprium Jesuanum: «Er widersteht nicht, er verteidigt nicht sein Recht ...» Nochmals bricht so das Fremde der «fremden Gestalt» hervor und spricht sich aus in dem rätselhaft schönen Satz: «Und er bittet, er leidet, er liebt mit denen, in denen, die ihm Böses tun ...»

Mag sein, daß in der nun stürmischer flackernden Seele Nietzsches sich eben doch zu guter Letzt eine «Idiosynkrasie» festsetzt, welche ihm durch die «fremde Gestalt» Jesu zukommt. Zu dieser These einer «geheimen Epiphanie» fügt sich die Szene, die Nietzsche selbst in seinen Text hineinruft: Der Kalvarienberg und das Wort des rechten Schwächers. Wer wirklich das Bekenntnis spricht («das ist ... ein göttlicher Mensch gewesen»),

erscheint kaum zweifelhaft. Es ist der gut maskierte Tänzer Nietzsche selber, der sich in diesem einsamsten Dialog der Weltgeschichte wiederfindet und sein Huld heischendes «Ave Christus! moriturus te salutat» ausspricht. (...) Solche unvermutete imitatio Jesu in einer äußersten Form und Kunst ruft uns zur Rechenschaft in der Theologie. Durchaus darin mit Nietzsche einig, daß «jeder-mann weiß, daß es keinen «Gott» mehr gibt, keinen «Sünder», keinen «Erlöser»» – und einverstanden auch darin, daß dieses Wissen jenseits von gut und böse liegt –, fragen wir uns: Was soll der Christ in solchen Tagen tun?

Nietzsches Antwort verblüfft zunächst, wo er sagt: «Das Christentum ist in jedem Augenblick noch möglich. Es ist an keines der unverschämten Dogmen gebunden, welche sich mit seinem Namen geschmückt haben ... es hat schlechterdings keine Metaphysik nötig, noch weniger den Asketismus ...»

Doch verstehen wir so auch Nietzsches Fazit: «In der Tat gab es gar keine Christen.» Solcher Mönchs-Rigorismus – geschnitzt aus dem Holz eines Tertullian, Pascal und Kierkegaard – kann dann ausbrechen in die wildesten Anklagen gegen Kirche und Christentum; wo diese die bange Flamme der «fremden Gestalt», das «ursprüngliche Christentum» abzudämpfen suchen und dazu nicht Macht, Mythen und Mittel scheuen ...

Josef Nolte, Tübingen

Südafrika

Neues Bewußtsein der Schwarzen: Gegen die Überreste des Kolonialismus wächst ein neues Selbstbewußtsein der schwarzen Bevölkerung – Entstehung einer schwarzen Arbeiterbewegung – Chef Gatsha Buthelezi.

Erzbischof Denis Hurley, Durban

Gesellschaft

Energie, Geschwindigkeit und soziale Gerechtigkeit: III. *Für eine Welt technologischer Reife:* Untertäniger Respekt vor Spezialisten verhindert politische Entscheidung zu optimaler Verkehrsgeschwindigkeit – Vorteile des Fahrrades: Vollkommene Ausnutzung metabolischer Energie – Geringe Kosten – Volk mit Fahrradgeschwindigkeit blieb unzerstörbar – Freiheitsentzug durch Geschwindigkeit – Innerhalb gewisser Geschwindigkeitsgrenzen werden Herrschaftsmotoren zu Hilfsmotoren – Von Überfluß und Mangel befreit zu technologischer Reife.

Ivan Illich, Cuernavaca

Zuschrift: Zur Energiekrise: Neben Energieerzeugungskrise stellt sich das Problem der Abwärme – Globaler Ausgleich kein Grund zur Beruhigung.

Herbert Birrell, München

Schule

Schulreform Ja — Gesamtschule Nein: Jesuitenkolleg Kalksburg «Brutstätte der Reaktion» oder an der Spitze der Schulreform? – Humanistische Bildung fordert vorherrschendes Bildungskonzept heraus – Das Modell der Gesamtschule setzt auf Chancengleichheit – Soll sich der Bildungsprozeß am Produktionsprozeß der Großkonzerne normieren? – Amerika anerkennt Schwächen des Gesamtschulkonzepts – Begabungungleichheit zu 80% vom Elternhaus her – Die berechtigten Anliegen der Gesamtschule berücksichtigen – Macht-Elite oder Funktions-Elite? – Qualifizierte Dienstfunktionen gegen Nivellierung. *Georg Bürke, Wien-Kalksburg*

Zeitgeschichte

Aus Zeitschriften und Büchern: «Zeitgeschichte», was heißt das? – Das Programm einer neuen österreichischen Zeitschrift – Chinas Weg im Geschichtsunterricht – Wie entsteht Faschismus? – Der 20. Mai in der Schweiz – Rückspiegel auf das Abstimmungsresultat – Evangelische und katholische Gewissensforschung – Der Weg der Katholiken ins Ghetto und aus dem Ghetto. *Ludwig Kaufmann*

Synode 72

Zwischen Programm und Erfahrung: Schweizerische Diözesansynoden immer mehr auf je eigenen Wegen – Nicht ständig Texte mit Texten, sondern das Wort Gottes mit dem Leben konfrontieren – Wunsch nach Grundsatzdebatten – «Synodenfähige» Themen? – Tendenzen zum Kompromiß in Sonntagspflicht und Sakramentenpraxis – Sexualität: Jugendfraktion bringt bereinigten Text zu Fall – Bischof Mamie gegen Mehrheit der Synodalen – Stunde der Wahrheit? *Raymund Schwager*

Das neue Bewußtsein der Schwarzen in Südafrika

Erzbischof *Denis Hurley* von Durban ist schon öfters mutig für die Anliegen und Rechte der schwarzen Bevölkerung eingetreten. Das folgende ist die Zusammenfassung einer Rede, die er an der Universität Natal (Südafrika) gehalten hat und die wir der spanischen Zeitschrift *Vida Nueva* vom 27. Oktober 1973 (in eigener Übersetzung) entnehmen.

Redaktion

Im Bewußtsein der Schwarzen vollzieht sich heute eine gefährliche Mischung. Elemente aus den Quellen westlicher Erziehung, Ideen aus den politischen Theorien Europas und der mächtige Dynamismus an Macht und Ressentiment innerhalb der afrikanischen Gemeinschaft treffen sich. Im größten Teil Afrikas hat sich erwiesen, daß diese Mischung durch äußere Kräfte nicht kontrolliert werden kann. Die Geschichte der westlichen Welt, ja des größeren Teiles der Welt überhaupt ist eine lange Folge von Veränderungen, die durch ähnliche explosive Mischungen verursacht wurden. Sobald man einem solchen Dynamismus in einem Volk begegnet, muß man deshalb mit seiner Kraft rechnen. Es handelt sich dabei nicht um Modeerscheinungen, sondern um einen Ausdruck jener Kraft in der Menschheit, die für die allermeisten Veränderungen während der letzten zwei Jahrhunderte verantwortlich ist.

Die Generation nach dem Zweiten Weltkrieg hat in den meisten Teilen der Welt den Kolonialismus weggefegt. Die letzten Länder, die heute noch in seinem Zeichen stehen, befinden sich in Südafrika: Rhodesien, die portugiesischen Territorien und die Südafrikanische Republik. Die Weißen im südlichen Afrika wären völlig blind, wenn sie glauben, diese Situation könne noch länger als einige Jahre dauern. Dagegen steht die Kraft und der leidenschaftliche Glaube einer Gemeinschaft von Menschen, die an ihr Recht glauben, an der Regierung ihres Landes teilzunehmen und für jene Lebensbedingungen zu sorgen, die nötig sind, um die eigene Identität, die eigene Würde und die eigenen Fähigkeiten zum Ausdruck zu bringen.

Von gleicher Wichtigkeit für das wachsende Selbstbewußtsein der schwarzen Bevölkerung ist das Entstehen einer *Arbeiterbewegung*. Viele Weiße, die noch der Vergangenheit nachträumen, werden erkennen müssen, daß die Wirtschaft Südafrikas von der Arbeitskraft der Schwarzen abhängt. Diese gewinnt

durch drei Faktoren eine wachsende Bedeutung. Erstens sind sich die Schwarzen ihrer Macht bereits so stark bewußt geworden, daß sie mit Erfolg Streiks durchführen können, wie man dies zu Beginn dieses Jahres gesehen hat. Zweitens gibt es in der Industrie und im Handel das Bestreben, effizienter zu werden, und dazu müssen die Arbeitsmethoden und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Drittens ist auf das Bemühen hinzuweisen, repräsentative Gewerkschaften zu schaffen. All dies deutet darauf hin, daß die Stunde zu Gunsten der Arbeiter schlägt. In den kommenden Jahren werden wir sehen, welche Rolle die Gewerkschaften spielen können. Sie werden sowohl wegen des Fortschritts als auch wegen des Wirtschaftsfriedens nötig.

Einen weiteren Faktor für die neue Situation der Schwarzen in Südafrika bilden schließlich ihre eigenen Führer. Viele von uns haben vermutet, die Ernennung von einheimischen Führern sei ein Trick, um der Kritik zu begegnen. Tatsächlich mag dies oft der Fall gewesen sein, doch auch das andere gilt: Der Mensch denkt und Gott lenkt. So können wir heute mit *Buthelezi* rechnen. Vielleicht ist er die letzte, von der Vor-sehung uns gegebene Möglichkeit, einen schwarzen Führer zu haben, der sich mit Intelligenz, Enthusiasmus und Tatkraft dafür einsetzt, mehr Menschlichkeit, Christentum und Größe nicht nur unter den Zulus, sondern in ganz Südafrika zu verwirklichen.

Der Chef Gatsha Buthelezi verkörpert eine neue Vision und eine neue Hoffnung für das nationale Geschick seines Volkes, aller Schwarzen Südafrikas und auch vieler Weißen. Er spricht noch freundlich und offen mit den Weißen, obwohl sie für ihn das Gegenteil der Anliegen der Schwarzen darstellen.

Als Weißer kann man begreifen und Sympathie empfinden für das, was dieser schwarze Chef verfolgt und für alle jene, die das Bewußtsein der Schwarzen fördern, auch wenn diese bereits jeden Kontakt mit Weißen ablehnen und eine schwarze Macht in Südafrika errichten möchten. Man kann dies begreifen und dafür Sympathie haben, doch das gesunde Empfinden, die Vernunft, die Menschlichkeit und der christliche Geist (sofern diese Werte in Südafrika überhaupt noch etwas bedeuten) stehen ganz auf der Seite von Buthelezi.

Diese drei mächtigen Faktoren – das Bewußtsein der Schwarzen, das Entstehen einer geschlossenen schwarzen Arbeiterschaft und das Auftauchen von einheimischen Führern um Gatsha Buthelezi – sagen uns, daß ein Wandel in Südafrika begonnen hat. Die Initiative ist auf die Seite der Schwarzen übergegangen.

Erzbischof Denis Hurley, Durban

FÜR EINE WELT TECHNOLOGISCHER REIFE

Warum trachtet die Forschung nach einem immer größeren und schnelleren Transportwesen, anstatt die optimalen Verkehrsgeschwindigkeiten zu bestimmen?* Dafür gibt es zwei Gründe: die Größenordnung solch optimaler Geschwindigkeiten einerseits, die Bestimmungsmethode andererseits.

Eine optimale Transportgeschwindigkeit erscheint dem Passagier willkürlich oder autoritär, während sie dem Maultier-treiber oder dem Radfahrer so schnell wie der Flug des Adlers vorkommt. Die vier- oder sechsfache Fußgängergeschwindigkeit ist für den Passagier zu tief, um als Grenze in Betracht gezogen zu werden; sie ist aber zu hoch, um für die drei Viertel der Menschheit, die sich noch selbst fortbewegen, eine mögliche Grenze zu bilden.

Der Entwicklungsberater auf seinem Landrover bemitleidet den Peruaner, der seine Schweine auf den Markt treibt, und

weigert sich so, die relativen Vorteile des Gehens anzuerkennen. Aber er neigt dazu, zu vergessen, daß dieser Peruaner auf dem Weg zum Markt zehn Leute aus seinem Dorf davon befreit, dasselbe zu tun und ihre Zeit auf dem Weg zu verlieren, während der Berater und alle seine Familienmitglieder, jeder für sich, beständig unterwegs sein müssen. Für solch einen Geist, der die menschliche Beweglichkeit im Begriff unbegrenzten Fortschrittes zu verstehen neigt, kann es keine optimale Verkehrsquote geben, sondern nur eine vorübergehende Einstimmigkeit in einem bestimmten Stadium technischer Entwicklung.

Eine Geschwindigkeitsgrenze einzuführen hieße, den durch den Konsum großer Dosen industrieller Energie berauschten Menschen bedrohen und der Mehrheit der Menschen den Genuß eines Gutes zu verbieten, das von ihr noch gar nicht gekostet wurde.

Ein zweites, noch deutlicheres Hindernis steht der Bestimmung optimaler Geschwindigkeiten entgegen. Der Benutzer

* Vgl. den ersten Teil dieser Artikelfolge in Nr. 20, S. 223 ff., den zweiten Teil in Nr. 21, S. 240 ff.

des Verkehrswesens wurde daran gewöhnt, zu glauben, daß nur ein Spezialist verstehen könne, warum sein Vorortszug um 8.15 und 8.41 Uhr abfährt und warum man besser diese oder jene Mischung von Treibstoff verwende. Die Idee, daß man durch einen politischen Prozeß eine Ordnung natürlicher Größe markieren könnte, die unumgänglich wäre und die den Wert der Grenze hätte, eine solche Idee bleibt in der Welt der Passagierwahrheiten fremd. Der Respekt für die Spezialisten, die man nicht kennt, verwandelt sich in blinde Unterwerfung. Wenn man die von den Experten im Verkehrssektor geschaffenen Probleme politisch lösen könnte, dann dürfte man dieselbe Behandlung in Fragen der Erziehung, der Gesundheit oder des Städtebaus anwenden. Wenn die volksvertretenden Versammlungen die kritischen Geschwindigkeitsschwellen zielstrebig und ohne Expertenhilfe festlegen würden, dann wäre das politische System, auf dem die Industriegesellschaften aufbauen, in seiner Grundlage erschüttert. In diesem Sinne ist die Studie, die ich vorlege, politisch subversiv.

Die Vorteile des Fahrrades

Der Mensch kann sich erfolgreich fortbewegen ohne jedes Hilfsmittel. Der Transport für jedes Gramm seines eigenen Körpers kostet ihn auf einen Kilometer in zehn Minuten 0,75 Kalorien. Der Mensch ist eine vorteilhaftere thermodynamische Maschine als jedes beliebige motorisierte Fahrzeug. Er ist leistungsfähiger als die meisten Tiere: in dieser Gangart hat er sich in der Welt behauptet und seine Geschichte gemacht. Mit dem Ertrag dieser Größenordnung opfern die Bauern 5% weniger, die Nomaden sogar 10% weniger an Sozialzeit, um sich außerhalb ihres Hauses oder ihres Lagers zu bewegen.

Aber vor einem Jahrhundert kam das Fahrrad auf. Es ließ die Körperbewegung eine letzte Schwelle überschreiten, welche zugleich auch ihre Grenze ist, denn es ist ein wunderbares Gerät, das die metabolische Energie vollkommen ausnützt, um die Fortbewegung zu beschleunigen. – Überdies ist ein Fahrrad nicht kostspielig. Ein Chinese arbeitet, trotz seines sehr niedrigen Lohnes, weniger Stunden für den Kauf eines Fahrrades, das er lange behält, als ein Amerikaner für den Kauf eines Wagens, der bald im Autofriedhof endet. Die öffentlichen Anlagen, die für die Fahrräder notwendig sind, wären verhältnismäßig billiger als jene für die Autos. Beispielsweise wären geteerte Straßen nur in den Zonen dichten Verkehrs erforderlich. Die Menschen, die abseits der Straße leben, sind nicht isoliert wie sie es wären, wenn sie von Autobussen abhängen. Das Fahrrad erweitert den persönlichen Aktionsradius des Menschen, ohne seinen Gang einzuschränken. Wenn der Mensch nicht auf das Fahrrad sitzen kann, dann stößt er es mit der Hand. Er genießt einen klassenlosen Vorzug, er kann einen ändern auf seinem Rahmen oder seinem Gepäckträger mitführen. Ein Radfahrer kann nach freier Wahl neue Ziele erreichen, ohne daß sein Transportmittel Standesunterschiede schafft oder es ihm verwehrt, solche zu durchbrechen.

Man kann gewissermaßen sagen, daß das Fahrrad den Aktionsradius des Menschen verdoppelt, aber dessen Möglichkeiten im Quadrat vermehrt. Außerdem bewirkt es Geschwindigkeit, aber beansprucht keinen Platz.

Das Fahrrad und das Motorfahrzeug sind von derselben Generation erfunden worden, aber sie sind die Symbole für zwei gegensätzliche Anwendungen modernen Fortschrittes. Das Fahrrad erlaubt es jedem, den Gebrauch seiner metabolischen Energie zu kontrollieren, das Motorfahrzeug rivalisiert mit dieser Energie. In Vietnam ist es einer überindustrialisierten Armee nicht gelungen, ein kleines Volk zu zerstören, das sich mit Fahrradgeschwindigkeit bewegte. Jetzt weiß man noch nicht, ob die Vietnamesen entschlossen sind, innerhalb der Geschwindigkeitsgrenzen zu bleiben, die allein jene Werte garantieren, welche den Sieg ermöglichten. Es ist leider wahr-

scheinlich, daß zugunsten des industriellen Wachstums und der Umwandlung von Energie die Sieger sich selbst zerstören. Nur ein politischer Prozeß, an dem die Bevölkerung beteiligt ist, kann Aufschluß geben, ob das technische Vordringen in einen goldenen Käfig führt oder neue Horizonte eröffnet.

Motoren der Herrschaft gegen Motoren des Dienstes

Die Menschen werden von Geburt mit ungefähr gleicher Beweglichkeit ausgestattet. Diese angeborene Fähigkeit, sich fortzubewegen, plädiert zugunsten gleicher Freiheit in der Wahl des Zieles. Der Begriff der Gleichberechtigung (*équité*) kann als Grundlage dienen, um dieses fundamentale Recht vor jeder Verminderung zu verteidigen. In einer solchen Perspektive ist es von wenig Wichtigkeit, zu wissen, was die Ausübung dieses Rechtes bedroht, sei es nun Einkerkung, das Verbot, Staatsgrenzen zu verlassen oder die Gefangenschaft in einer Umgebung, welche die natürliche Bewegungsfreiheit der Person beeinträchtigt, nur um sie in einen Passagier umzuwandeln. Die Tatsache, daß die meisten unserer Zeitgenossen mit ideologischen Sicherheitsgurten an ihren Sitz gefesselt sind, genügt nicht, um das Grundrecht zur Bewegungsfreiheit als hinfällig zu erklären. Die menschliche Bewegung ist sogar der einzige Maßstab, mit dem wir den Beitrag des Transportwesens zum Verkehr messen können. Dabei gilt es nachdrücklich zu unterscheiden zwischen den Transportformen, die das Recht zu freier Bewegung beschneiden, und jenen, die es ausweiten. Das Transportwesen kann den Verkehr dreifach hindern, nämlich indem es den Verkehrsstrom bricht, die hierarchisierten Kategorien der Bestimmungsorte isoliert und den verkehrsgebundenen Zeitverlust vergrößert. Man hat gesehen, daß der Schlüssel der Beziehungen zwischen Transportwesen und Verkehr die Geschwindigkeit des Fahrzeuges ist. Man hat auch erkannt, daß das Transportwesen, wenn es einmal eine gewisse Geschwindigkeitsgrenze überschritten hat, den Verkehr in dreierlei Weise bestimmt: Er hemmt ihn, indem er eine entstellte physische Umwelt mit Wegen und Wagen sättigt, er verwandelt das Territorium in ein Netz von geschlossenen und undurchlässigen Kreisläufen, schließlich raubt er dem Individuum die Zeit zum Existieren, um sie der Geschwindigkeit zum Fraß vorzuwerfen.

Das Umgekehrte ist ebenso klar: Innerhalb gewisser Geschwindigkeitsgrenzen können die Motorfahrzeuge für den Verkehr Ergänzungs- oder Verbesserungsfaktor sein, indem sie erlauben, jene Aufgaben zu verwirklichen, die außerhalb der Fähigkeit eines Fußgängers oder eines Radfahrers liegen. Diese Fahrzeuge können beispielsweise die Kranken, die Greise und die Faulenzer transportieren, und zwar auf demselben Weg, den auch die Radfahrer benützen. Die Koexistenz der Motorfahrzeuge und der Vehikel, die ausschließlich von menschlicher Energie abhängen, ist friedlich, wenn diese vor jenen den absoluten Vorrang haben. Der Sessellift darf die Leute auf die Gipfel transportieren, wenn er dabei die Kletterer nicht in ihrem Aufstieg behindert. Die Züge mögen die Domäne des Reisenden erweitern, aber ohne die Zeit des Seßhaften in Anspruch zu nehmen und unter der Bedingung, mit jener Geschwindigkeit zu fahren, bei der die Reisezeit die des Reisenden bleibt. Die Industrie darf teilnehmen an der weltweiten Produktion, vorausgesetzt sie behält eine subsidiarische Rolle zur Produktivität eines jeden. Sie mag verbessert werden durch das Fahrrad und durch andere Geräte fortgeschrittener Technik, aber sie soll nur wenig Energie verbrauchen.

Diese dem Menschen angeborene Bewegung wird uns als Unterscheidungskriterium zwischen Ländern, die im Transportwesen unterentwickelt sind, und jenen, die überentwickelt sind und deshalb sozial zerstörerisch wirken.

Ein Land ist dann *zu wenig ausgerüstet* (*sous-équipé*), wenn es nicht allen etwaigen Käufern ein Fahrrad, ferner jenen, die andere mit dem Fahrrad transportieren, verbesserte Geschwin-

digkeit und schließlich für jene mit langem Arbeitsweg Gratis-transport in öffentlichen Verkehrsmitteln verschaffen kann. Es gibt keinen technischen oder wirtschaftlichen Grund, im Jahre 1975 und wo immer einen solchen ausrüstungsbedingten Rückstand weiterhin zu tolerieren. Es wäre unzulässig, daß die Menschen in ihrer Beweglichkeit eingeschränkt blieben und das Zeitalter des Fahrrades nicht erreichten.

Ein Land kann als *überindustrialisiert* betrachtet werden, wenn sein soziales Leben von der Transportindustrie beherrscht wird, welche die Klassenprivilegien bestimmt, den Zeitmangel verschärft und die Menschen enger an die Verkehrsnetze bindet, die sie selber schafft. Nur die Gemeinschaft soll entscheiden, wo der genaue Schwellenwert maximalen Energieverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung liegt, worüber hinaus die eine oder andere Auswirkung untragbar würde. Sicher ist, daß man weder von der sauberen Energie noch von neuen technischen Erfindungen eine kollektive Bewußtseinsbildung über die bereits überschrittene kritische Schwelle erwarten kann, sondern von der Aufmerksamkeit, welche die Kollektivität selber den durch die Transportindustrie hervorgerufenen geographischen und sozialen Fehlwirkungen schenkt. Nachdem die Gesellschaft nun einmal ihr Geld in diese Transportorganisation investiert hat, läßt sie sich in eine falsche Logik der Rentabilität einsperren und sucht verzweifelt durch freiwillige Sklaverei das wieder einzubringen, was sie angeblich als ihren Ertrag wertet.

Welt ohne Fesseln der Geschwindigkeit

Zwischen dem Zustand mangelhafter Ausrüstung und der Überindustrialisierung hat es Platz für eine wirksame *nachindustrielle Welt*, wo die industrielle Produktionsweise die soziale Produktion ergänzt, ohne sie zu monopolisieren. Mit andern Worten: Es ist Raum für eine Welt *technologischer Reife*. Für den Verkehr ist es die Welt der Menschen, die ihren täglichen Aktionsradius auf dem Fahrrad um zehn Kilometer vergrößert haben. Es ist die Welt, die auch den motorisierten Fortbewegungssystemen entspricht; diese transportieren auf mittleren und für das Fahrrad zu langen Distanzen besser, ohne die Gleichberechtigung oder die Freiheit zu lädieren. Es ist auch die Welt weiter Reisen, eine offene Welt, wo alle Orte allen Menschen zugänglich sind, auf eigenen Wunsch, in ihrer eigenen Gangart, ohne Hast und Angst, in Fahrzeugen, welche den Raum durchziehen, ohne dessen Integrität zu verletzen.

Von wo wir nun stehen führen zwei Wege zur technologischen Reife: der eine führt durch die Befreiung von der Überfülle, der andere durch die Befreiung vom Mangel. Sie münden im gleichen Ziel, nämlich in der Umformung des sozialen Raumes, der unablässig jedem die Erfahrung gibt, daß der Mittelpunkt der Welt ausgerechnet unter seinen Füßen liegt.

Der Verkehr des Überflusses bringt heute die Einzelnen von einer Verkehrsinsel zur andern und offeriert ihnen als soziales Milieu Weggefährten, von denen jeder für sich anderswohin geht. Der Anfang der Befreiung von dieser Einsamkeit des Überflusses ist sichtbar in den kleinen Inseln des Über-Verkehrs, wo jene, die sich in Sicherheit gebracht haben, sich gegenüberstehen. Insofern sich solche Inseln vermehren, und wenn die Menschen ihre angeborene Fähigkeit, sich in ihrem Milieu zu bewegen, wieder finden, können die sozialen Milieus noch eine harmonische Entwicklung erleben. Die Passagiere werden die Ketten des übermächtigen Transportwesens brechen, wenn sie erneut anfangen, ihre Verkehrsinsel wie ein Territorium zu lieben und sich davon nicht zu oft zu entfernen.

Die Befreiung vom Mangelzustand dagegen beginnt, wenn die Abriegelung des Dorfes durchbrochen wird, wenn die Einsamkeit, die durch die Langeweile eines engen Horizonts und den Druck eines beschränkten Milieus bedingt ist, aufhört. Den Aktionsradius des täglichen Lebens über den Kreis der Traditionen hinaus auszuweiten, ohne sich von der Geschwin-

digkeit fesseln zu lassen, ist ein Ziel, das jedes arme Land in wenigen Jahren erreichen könnte. Aber man kann dorthin nur gelangen, wenn man die herrschende Idee der industriellen Entwicklung, die ihrerseits auf der Ideologie unbegrenzten Energiezuwachses baut, verwirft.

Man wird sich von der Abhängigkeit vom radikalen Monopol der Industrie nur befreien, wenn man einem politischen Prozeß der Verteidigung des persönlichen Verkehrsmodells die Priorität einräumt.

Die Reichen werden eine Befreiung, die für die Armen wenig kostet, teuer bezahlen, aber sie werden nicht eher zahlen, als die Geschwindigkeit ihrer Transportsysteme ihren Verkehr paralyisiert hat. Eine konkrete Analyse des Verkehrs kann daher Reich und Arm dazu führen, sich der Wirklichkeit, die unter der *Energiekrise* liegt, bewußt zu werden: Die Produktion von Energiequanten, die im Maßstab der Industrie multipliziert und konditioniert sind, hat auf die soziale Umwelt Auswirkungen von Verfall, Wucher und Abhängigkeit. Diese kommen sogar ins Spiel, bevor die Bedrohungen wie die Erschöpfung der Naturschätze, die Umweltverschmutzung und die Auslöschung des Menschengeschlechts Tatsache werden.

Ivan Illich, Cuernavaca

Zuschrift

Zum Energieproblem

In Nummer 15/16 (1973) der «Orientierung» hat J. Bernard gezeigt, daß der steigende Bedarf an Energie schon bald in eine Krise führen kann, doch beschränkte er sich auf die Energieerzeugungs-Krise. Die physikalischen Gesetze weisen uns aber auf eine weitere Folge der erhöhten Energieerzeugung hin: Bei allen Prozessen entsteht Wärme, von der ein mehr oder weniger großer Teil nicht mehr zu einer Arbeitsleistung herangezogen werden kann. Diese Abwärme kann unter Umständen ein Problem werden, noch lange bevor die Energieträger knapp werden. Die Erwärmung von Flüssen und Seen sowie unserer Atmosphäre stört die Lebensbedingungen von Pflanzen und Tieren (und schließlich auch die des Menschen) sehr empfindlich. Man bedenke, daß zur kältesten Eiszeit die mittlere Temperatur nur $5-6^{\circ}\text{C}$ niedriger lag als heute. Eine ebenso große Erhöhung hieße für viele Lebewesen Aussterben oder zumindest eine sehr starke Einschränkung des Lebensraumes. Schon heute bestehen in manchen Flüssen wegen der erhöhten Temperatur nur noch minimale Lebensmöglichkeiten für Fische. Die Umstellung des Wettergeschehens läßt sich kaum abschätzen. Die Städte, die schon heute zu den Überschußgebieten des Wärmehaushaltes gehören, weisen typische Veränderungen gegenüber dem umliegenden Land auf, zum Beispiel eine Häufung von Platzregen.

Die primäre Energiezufuhr – die Sonnenstrahlung – liefert zirka 2 cal/cm^2 , und damit müssen alle Energiebetrachtungen verglichen werden. Allerdings dürfen wir nicht, wie das in Katastrophenberichten häufig geschieht, die menschliche Energieerzeugung damit vergleichen, sondern nur die Menge der Abwärme. Aus dem Gesagten folgt, daß wir unsere Anstrengungen darauf richten müssen, abwärmearme technologische Verfahren zu entwickeln.

In der Wärmebilanz müssen wir weiter berücksichtigen, daß die Abwärme in einigen wenigen Gebieten als Überschuß anfällt (in manchen Industriegebieten erreicht sie schon heute mehrere Prozent der Sonnenwärme), daß aber durch die Verteilung durch Wasser und Luft ein globaler Ausgleich erfolgt. Das soll nicht zur Beruhigung der Gemüter gesagt sein, sondern eher als Aufforderung, diese Verhältnisse genauer zu erforschen.

Abwärmearme Energieumwandlungen fallen vor allem bei der Heizung, wie überhaupt bei allen Verbrennungsvorgängen, ins Gewicht. Man vergleiche nur einmal, wieviel Wärme durch den Kamin abgeführt wird, mit den entsprechenden Werten bei der elektrischen Heizung. Bei dieser bezüglich Umweltbelastung vorteilhaften Energieform haben wir nämlich sogar die Möglichkeit des Wärmetransportes (umgekehrter Kühlturmeffekt), statt der Erzeugung neuer Wärme. Leider ist die Elektrizität aber auch sehr störungsanfällig, sowohl beim Erzeuger wie auch beim Transport.

Die Fragen, die mit diesem Problemkreis angesprochen werden, bedürfen allerdings noch eines intensiven Studiums, ehe die Folgen für die Umwelt, Energiewirtschaft und Politik abzuschätzen sind und ehe weiterreichende Entscheidungen getroffen werden können – aber es eilt.

Herbert Birett, München

SCHULREFORM JA — GESAMTSCHULE NEIN

Am Beispiel von Wien-Kalksburg

Am 22. März 1972 wandte sich die «Volksstimme», das Zentralorgan der kommunistischen Partei Österreichs, scharf gegen «die katholischen Gesinnungsschulen, von denen viele, wie etwa *Kalksburg*, noch heute Brutstätten der Reaktion sind». Acht Tage später hat aufgrund einer Fernsehsendung über das Wiener Jesuitenkolleg die sozialistische «Arbeiterzeitung» «die jesuitische Kaderschule Kalksburg» kritisiert, insbesondere «welche Wertordnung da an Kinder aus welchen Familien verkauft, was hier zu welchen elitären Standpunkten erzogen wird». Zwar gehört das Experiment Kalksburg nicht zu den staatlich geplanten und gesteuerten Schulversuchen. Dennoch ist die Auflagenhöhe der Zeitungen, welche darüber berichteten, auf weit über drei Millionen angestiegen. Daß die Stellungnahmen von der linken Seite negativ ausfielen, war voraussehbar. Die überwiegende Mehrzahl freilich urteilte durchaus positiv. So zum Beispiel «Die Presse» am 5./6. Dezember 1970: «Kalksburg: ein Internat im Umbruch, konfrontiert mit der neuen Fassung von Bildungswerten und Schulreformen und damit an die Spitze jener anderen österreichischen Internate gestellt, die sich anschicken, Altes abzustoßen, Neuland abzustrecken und ihre Erziehungsziele dem Gesellschaftswandel anzupassen.» Im vierten Jahr seiner Erprobung stehend, ist das Experiment Kalksburg noch keineswegs abgeschlossen; einige Teile davon sind erst im Aufbau begriffen. Das Risiko seiner Bewährung liegt noch in der Zukunft.

Tradition verpflichtet zum Fortschritt

1609 wurde in Kalksburg unter Kaiser Rudolf II. ein «Academisches Collegium der Patres Jesuiten in Wien» gegründet. Nach der Aufhebung des Ordens 1773 begann man 1856 damit, das Kolleg in seiner heutigen Gestalt zu erbauen. Es war dann eine der bedeutendsten und fortschrittlichsten Bildungsstätten der österreichisch-ungarischen Monarchie, wo vornehmlich kaiserliche Beamte und Offiziere erzogen wurden, und der Ersten Republik. Von 1938 bis 1947 war das Kolleg abermals geschlossen. Nachdem die Wiederaufbauarbeiten der Nachkriegsjahre vollendet waren, entschlossen sich die Jesuitenpatres in Kalksburg zu einer grundlegenden Reform von Schule und Internat. Es ging dabei um den experimentellen Nachweis, daß ein von christlichem Geist erfülltes humanistisches Gymnasium – unter den völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen unserer Tage – vielleicht mehr denn je geeignet ist, begabte Schüler auf die theoretische und praktische Bewältigung ihrer künftigen Aufgaben vorzubereiten, auch und gerade ihrer religiösen Aufgaben. Das bedeutete, Inhalt und Methode der humanistischen Bildung so zu modifizieren, daß sie nicht mehr wie ein wehmütig oder mitleidig verabschiedetes Relikt der Vergangenheit erscheint, sondern als eine exemplarische Herausforderung angesichts des nun vorherrschenden Bildungskonzepts.

Mehrjährige Planungsarbeiten

Bereits im Frühjahr 1968 begann ein Team, bestehend aus Vertretern von Schule und Internat, Jesuiten und Laien, unter der Leitung von R. P. Rektor *Rudolf Reichlin-Meldegg SJ* die konkreten Aufgaben und Möglichkeiten des Jesuitenkollegs in diesem Raum und in dieser Zeit einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Wissenschaftliche Gutachten wurden eingeholt; Fachleute, auch aus dem Ausland, zu Rate gezogen. Studienreisen einzelner Mitglieder der Projektierungskommission nach den USA, nach England, Frankreich, Deutschland, Jugoslawien und nach der Schweiz lieferten umfassende Informationen über moderne Schul- und Internatsführung. Pastorelle, soziologische, pädagogische, wirtschaftliche und admini-

strative Aspekte mußten aufeinander abgestimmt werden. So haben, um nur ein Beispiel zu nennen, elf Patres und Laienprofessoren bei der UNIVAC in Wien einen zwanzigstündigen Privatkurs in elektronischer Datenverarbeitung absolviert, um sich persönlich mit dieser Materie vertraut zu machen. Das Amt des Generalpräfekten wurde entsprechend den drei Altersgruppen der Schüler aufgeteilt und drei Gruppenpräfekten, die Jesuiten sind, übertragen, was ein differenzierteres Eingehen auf die verschiedenartigen pädagogischen Probleme ermöglicht. Diesen Dreien unterstehen die insgesamt zwanzig Laienerzieher und -erzieherinnen (für die Jüngsten), welche die ehemaligen Jesuitenscholastiker ablösen, in zwölf einzelnen Abteilungen. Auch einige leitende Funktionen wurden an Laien übergeben, so diejenige des Schuldirektors und des Ökonomen. Nach etwa hundert Sitzungen des Arbeitsteams – sie wurden, außer in den Ferien, meist wöchentlich abgehalten – war es Ende 1970 so weit, daß der Genehmigung des neuen Programms durch die staatlichen Behörden nichts mehr im Weg stand. Dieser letzte Punkt war besonders wichtig, da nur so das Öffentlichkeitsrecht dieser Privatschule auch weiterhin gewährleistet blieb.

Schulreform und Gesellschaftspolitik

Inzwischen war im deutschen Sprachraum jene Bildungsreform gestartet worden, welche infolge der spektakulären Studentenunruhen seit 1968 ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt wurde. Die integrierte Gesamtschule ist das Idealmodell, welches – nach dem Vorbild Schwedens – die Linie der Bildungsreformen in der Bundesrepublik, in Österreich und zum Teil auch in der Schweiz weitgehend bestimmt. Damit ist einerseits eine Modifikation der in den angelsächsischen Ländern vorhandenen «comprehensive school» gemeint, andererseits auch eine Weiterentwicklung der noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Einheitsschule.

Die integrierte Gesamtschule verspricht nun, den Erwartungen der spät- oder nachbürgerlichen demokratischen Industriegesellschaft optimal zu entsprechen. Als da sind: Gleichheit der Bildungschancen; Differenzierung und Individualisierung des Unterrichts durch ein breites Fächerangebot, ferner durch (obligatorischen) Kern- und (fakultativen) Kursunterricht (nach mehreren Leistungsstufen aufgegliedert) sowie durch Förder- und Stützkurse; Durchlässigkeit der verschiedenen Schulformen zur Vermeidung nicht nur einer diskriminierenden Klassenwiederholung, sondern auch einer verfrühten Schullaufbahnentscheidung, die außerdem ständig korrigierbar ist. Damit würde also die vertikale Struktur der bisherigen Schule, wo ein Mittelschüler in derselben Klassengemeinschaft aufsteigend zur Matura gelangte, durch eine horizontale «klassenlose» Gliederung ersetzt. Das hieße beispielsweise: Alle Zehn- bis Vierzehnjährigen besuchen eine Schule, wo alle entsprechenden Typen – Haupt- resp. Sekundarschule, Gymnasium, Realschule usw. – in der angedeuteten Weise integriert sind; wo umgekehrt aber auch Haupt- und Mittelschullehrer wechselseitig überall unterrichten.

Diese pluralistische Schulform zielt offenbar auf die Identifikation von Bildung und gesellschaftlicher Produktion. Auf der Tagung des Hamburger UNESCO-Instituts, die im Juni 1968 zum Thema «Bildungsreform in der Bundesrepublik» durchgeführt wurde, formulierte *Leonhard Froese*: «Worum es uns geht ..., ist die optimale Funktionsfähigkeit und maximale Effektivität unseres gesamten Bildungswesens.» Mit dieser Parole wäre allerdings Karl Marx schwerlich einverstanden gewesen. 1848 wandte er sich im «Kommunistischen

Manifest» gegen die Befürworter des kritisch-utopischen Sozialismus, wonach «an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft» zu treten habe. «Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne.» Heute wird die Normierung des Bildungsprozesses am Rationalisierungsmodell der Großkonzerne orientiert, Produktions- und Konsumverhalten werden dem menschlichen Verhalten gleichgeschaltet. Wörtlich liest man in dem in Buchform vorliegenden Tagungsbericht: «Lernziele sollen Verhaltensqualitäten bezeichnen, von denen die Gesellschaft wünscht, daß der Lernende sie erwirbt.» Natürlich sei auch die politische Bildung zu den «normorientierten Lernbereichen» zu zählen (vgl. Heinz-Joachim Heydorn, Zur Aktualität der klassischen Bildung, Sonderdruck, Frankfurt/Main 1971). Durch derlei Maßnahmen solle die Schule zu einem Instrument der gesellschaftlichen Veränderung umfunktioniert werden. Und zwar um so wirksamer, als in einer Epoche der Kleinfamilie, wo oft beide Elternteile berufstätig sind, der Schule weitaus mehr pädagogische Aufgaben zufallen als früher.

Illusion der Gesamtschule

Daß eine derartige Mammutschule – unter eintausend Schülern läßt sie sich gar nicht realisieren – schwierige organisatorische Probleme aufwirft, ist einer der Gründe dafür, daß nicht eben wenige Varianten ausprobiert werden, die dem Idealmodell mehr oder weniger nahekommen. Was dabei vor allem in die Augen springt, ist der revolutionäre Impetus der Bildungsreformer. Sie sagen, unser Bildungswesen, dessen Grundriß im 19. Jahrhundert entworfen worden war, sei hoffnungslos überholt und veraltet. Die frühere Staatssekretärin in Leussinks Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Frau Dr. Hamm-Brücher, verleiht ihrer Sorge darüber Ausdruck, daß unsere Erwachsenengeneration «auf die Zukunft ausschließlich im Sinne des Überkommenen vorbereitet worden war» (Pressedienst des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft Nr. 19/70 vom 16. Sept. 1970, Seite 166). Das ist immerhin ein bemerkenswerter Befund, zumal es just diese Generation fertigbrachte, jene hochkomplizierte, weitverzweigte Apparatur herzustellen, als welche unsere moderne Lebenswelt sich ausnimmt. Dieser Befund legt es doch wohl nahe, das bestehende Bildungssystem nicht radikal umzustürzen, sondern eher behutsam den neuen Gegebenheiten anzugleichen. Ganz abgesehen davon, daß manche Eltern keine Freude haben, wenn sie ihre Kinder als Versuchskaninchen hergeben müssen, deren Schicksal unsicher ist.

Übrigens kann man in verschiedenen Ländern, etwa in den USA, in der Sowjetunion, in Jugoslawien, eine Abkehr von

diesem Schultyp beobachten. In England blieben die «comprehensive schools» auf ein Viertel aller Schulen beschränkt und sind ebenfalls rückläufig. In Amerika wurden die Schwächen dieses Schulsystems spätestens angesichts des Sputnikerfolges offenbar. Der amerikanische High-School-Student erreichte wissensmäßig bestenfalls das Niveau eines 15/16-jährigen Gymnasiasten. – Auch die Chancengleichheit, eine Lieblingsidee der Verfechter der Gesamtschule, läßt sich durch die Schule nicht erzwingen, wie Christopher Jencks kürzlich in einer umfangreichen empirischen Studie nachgewiesen hat (Chancengleichheit, Rowohlt 1973). Die Begabungsungleichheit stammt nämlich nach wie vor zu 80% aus dem Elternhaus und wird in einer Gesamtschule, wo alle Schüler auf engstem Raum zusammengedrängt sind, nicht vermindert, sondern verschärft.

Professor Otto Woodtli, Bern, bezeichnet die Gesamtschule kurzerhand als Utopie und befürchtet: «Die eigentliche Bildungskatastrophe steht uns noch bevor» (Rheinischer Merkur, 21. Sept. 1973). Das besagt gewiß nicht, daß man die berechtigten Anliegen der Gesamtschule – Förderung der Begabten und der Unbegabten, entsprechende Bildungsmöglichkeiten für alle, gerechte Notengebung usw. – nicht sorgfältig berücksichtigen sollte. Denn die Illusionen der Gesamtschulreformer beweisen keineswegs ipso facto, daß im traditionellen Bildungssystem, namentlich im humanistischen Gymnasium, alles zum besten bestellt war und ist. Immerhin schickt Bundeskanzler Willy Brandt, dessen Partei für die Gesamtschule eintritt, seinen jüngsten Sohn Matthias nicht in eine der Gesamtschulen von Nordrhein-Westfalen, sondern auf ein Bonner Gymnasium. Und der sozialistische Bürgermeister von Wien, Leopold Gratz, der selbst Unterrichtsminister war und dessen Partei ebenfalls die Gesamtschule propagiert, hat seine Söhne im altherwürdigen Gymnasium der Stiftung «Theresianische Akademie», und nicht in einem der Wiener Gesamtschulversuche. Bisweilen scheint die Praxis hinter der Theorie etwas nachzuhinken.

Zur Motivation der Kalksburger Schulreform

Drei Gefahren bedrohen das gegenwärtige Bildungssystem. Hinter den Forderungen nach einer Gesamtschule und nach gleichen Bildungschancen für alle, hinter der von den Massenmedien ausgelösten Informationsüberschwemmung verbirgt sich ein allgemeiner Trend zur Nivellierung. Schon das allein ist ein ausreichendes Motiv dafür, durch strenge Schülerauswahl und überdurchschnittliche Leistungsanforderungen diesem Trend entgegenzuwirken. Eine Elite braucht ja nicht unbedingt als Macht-Elite (Pareto; Mills; «Establishment») denunziert zu werden, wie manche das in Erinnerung an die Nazi-Ideologie zu tun geneigt sind. Man kann sie ebenso als Funktions-Elite (Stammer, Dahrendorf) verstehen, und jeder

film-pool
des Schweizerischen
Filmzentrums
du Centre Suisse du Cinéma

Der Verleih
der Schweizer Filmautoren
Le distributeur des Réaliseurs
de film suisses

Eine Liste
sämtlicher verfügbaren Filme
kann gratis
angefordert werden.
Une liste gratuite
de tous les films
disponibles
sur demande.

Films von
Films de

Ammann-Burin,
Ansorge, Champion,
Cooperative Film,
Dindo, Gloor, Gonsath,
Gorlat, Graf, Grieb,
von Gunten, Haas,
Herman, Hesse,
Ingholt, Jenkins,
Koller, Kuert,
Koller, Lugmühl,
Leiser,
Mayer,
Radanowicz,
Reusser,
Sevaldelli,
Schaer,
Schlumpf,
Schneider,
Schneepach,
Scherer, Senn,
Siller, Souttor,
Süßler, Stürm,
Schmid, Tanner,
Veuve, Yersin,
etc.

Bestellungen
nimmt entgegen:
Verein für ein
Schweizerisches
Filmzentrum,
Postfach 171,
Spiegelgasse 7,
8025 Zürich
Tel. 01/47 28 60

Commandes sont
à adresser à:
Film-Pool
Romande
Nathalie Math
Place du ghatéau
1280 Nyon
Tel. 022/61 36 60

Verhaltensforscher oder Anthropologe wird bestätigen, daß keine Gesellschaft ohne deren qualifizierte Dienstfunktionen auskommt. Bildung, die ihren Namen verdient, ist der Inbegriff alles Herrschaftswissens. Daß diese Bildung des öfteren mißbraucht wurde, ist kein Grund, sie abzuschaffen. Im Gegenteil: Will man Herrschaftswissen aufheben, muß man möglichst viele daran teilnehmen lassen. Und daß die Voraussetzung dazu in einem Zeitalter des Produktionsüberflusses überhaupt erst in diesem Ausmaß geschaffen wurde, ist eine Situation, die es zuvor noch nie gegeben hat. Die jesuitische Pädagogik hat daher mit Recht schon immer den sogenannten Multiplikatoren ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Eine zweite Gefahr ist der zunehmende Mangel an geschichtlichem Bewußtsein, ein Mangel, auf welchen einsichtige Männer, wie *Golo Mann* und *Curt Hoboff*, nicht müde werden hinzuweisen. *Konrad Lorenz* zählt den Traditionsverlust zu den «acht Todsünden der zivilisierten Menschheit».

«Jedes Jahr las er Aischylos im griechischen Urtext», berichtet der Schwiegersohn von Karl Marx, Paul Lafargues. «Marx war ein ausgezeichnete Philologe. Es bereitete ihm ein kindliches Vergnügen, wenn er mir irgendeine schwierige Stelle aus Aristoteles oder Aischylos vorlegen konnte, in der ich mich nicht gleich zurechtfinden konnte», heißt es bei Wilhelm Liebknecht, der selbst Altphilologe war, in den Aufzeichnungen seiner Gespräche. Marx hat ja die Grundlage seines eigenen Systems über den antiken Materialismus Demokrits entwickelt. Im gleichen Jahr, in dem er mit der entscheidenden «Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie» beginnt, notiert er: mit den Griechen sei «das Selbstgefühl» aus der Welt verschwunden. Das Beispiel ist wichtig, weil es unbekannt ist und zudem ungewöhnlich erscheint. In Wahrheit ist es alles andere als ungewöhnlich. Es zeigt nur den geistigen Rang im Gegensatz zum geistigen Rang vieler derer, die sich auf Marx berufen (vgl. Heydorn a.a.O.). Daß Sigmund Freud ein souveräner Kenner des griechischen Mythos und der griechischen Tragödie war, bedarf keines Nachweises. Die Nähe zum Griechentum ist bis heute kein Kriterium für eine spezifische politische Einstellung, lediglich ein Kriterium des kulturellen Niveaus. Und was hier von den alten Sprachen gesagt ist, das gilt, mutatis mutandis, von den sogenannten Geisteswissenschaften überhaupt, zumal in ihren historischen Dimensionen.

Eine dritte Gefahr unseres Bildungssystems ist die Tendenz zur voreiligen Spezialisierung. Es ist die Versuchung vieler, Bildung mit Ausbildung zu verwechseln, mit einer Dressur des jungen Menschen zur möglichst erfolgreichen Eingliederung in die Produktions- und Konsumgesellschaft. «Denn jetzt ist die Ausbeutung eines Menschen zugunsten der Wissenschaft die ohne Anstand überall angenommene Voraussetzung: wer fragt sich noch, was eine Wissenschaft wert sein mag, die vampirartig ihre Geschöpfe verbraucht?» Dieser Satz ist jener Reihe von fünf Vorträgen «Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten» entnommen, welche Friedrich Nietzsche 1872 in Basel gehalten hat. Schon damals warnte er vor einer vorzeitigen Spezialisierung, welche den Menschen dazu degradiert, «schnell ein geldverdienendes Wesen werden zu wollen». Nicht anders Albert Einstein: «Es ist nicht genug, den Menschen ein Spezialfach zu lehren. Dadurch wird er zwar zu einer Art benutzbarer Maschine, aber nicht zu einer vollwertigen Persönlichkeit. Es kommt darauf an, daß er ein lebendiges Gefühl bekommt, was zu erstreben wert ist. Er muß einen lebendigen Sinn dafür bekommen, was schön und was moralisch gut ist. Sonst gleicht er mit seiner spezialisierten Fachkenntnis mehr einem wohlabgerichteten Hund als einem harmonisch entwickelten Geschöpf» (zit. nach Piffel-Percevic, Wo kriecht das Rohr?, Die Furche, 28. Juli 1973). Die Vereinigung österreichischer Industrieller befindet sich somit in guter Gesellschaft, wenn sie «die zunehmende Anerkennung der Notwendigkeit, eine breite, fundierte Allgemeinbildung höher zu schätzen als eine frühzeitige schulische und berufliche

Spezialisierung» fordert (Bildungsplanung in Österreich, Band 1, Wien 1967, Seite 473). – Es ist freilich anzunehmen, daß sich dieser dreifache Trend zur Nivellierung, zum Traditionsverlust, zur Spezialisierung in den nächsten Jahren noch verstärken wird.

Es geht um die Würde des Menschen

Dem gegenüber ist zu bedenken: Die weltweite industrielle Revolution des 20. Jahrhunderts ist nicht von der indischen oder slawischen, chinesischen oder arabischen, sondern von der abendländischen Zivilisation ausgegangen. Eben deswegen soll das Bildungsprogramm des Gymnasiasten die antiken und christlichen Wurzeln unserer Kultur bis zur Dynamik der modernen Technologie und Wirtschaftspolitik umfassen. Mit andern Worten: Die entscheidenden Stationen der abendländischen Geistesgeschichte – Antike, Christentum, deutscher Idealismus – definieren die Schwerpunkte jener Bildungsinhalte, welche den Menschen nicht zum Sklaven, sondern zum Herrn der bestehenden Verhältnisse machen können. Gerade darin besteht die Würde des Menschen, auch im Sinne der Heiligen Schrift (Gen 1, 28; 1 Kor 3, 22), eine Würde, die in sich selbst ruht und nicht durch funktionale Abhängigkeiten verfremdet werden darf. Wer nicht weiß, woher er stammt, weiß nicht, wer er ist und was er werden soll. Diese Maxime trifft sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft zu.

Schließlich hat eine verfrühte und forcierte Spezialisierung um so weniger Sinn, je rascher die jeweils modernsten Forschungs- und Produktionsmethoden verändert und verbessert werden. Man müßte umgekehrt darnach trachten, im Schüler jene abstrakteren Fähigkeiten zu entfalten, die ihn instand setzen, sich dem beweglichen Wechsel in der späteren Berufstätigkeit leichter anzupassen. Mehr noch: Abstraktion bedeutet Loslösung vom Konkreten, also Entsagung und Distanz; aber auch den Vorstoß vom äußeren Schein zum inneren Wesen, also geistige Freiheit. Diese wird niemandem an der Straßenecke verkauft, sie kann, um mit Hegel zu reden, ohne «die Anstrengung des Begriffs» nicht errungen werden. Bildung ist jene kritische Intelligenz, welche den Menschen zum Widerstand gegen das Häßliche, das Falsche, das Böse befähigt. «Damit all dies Gegebene ihm als ebensoviel Zweifelhafte erscheinen könnte, müßte er jenen fremden Blick entwickeln, mit dem der große Galilei einen ins Pendeln gekommenen Kronleuchter betrachtete.» Dieser Satz stammt nicht von Humboldt, sondern von Bertold Brecht.

Experiment Kalksburg

Vor diesem Überlegungshintergrund erhalten jene Motive ihren richtigen Stellenwert, welche die Jesuitenpatres und ihre Laienmitarbeiter in Kalksburg dazu bewogen haben, an dem in Österreich vorhandenen achtjährigen humanistischen und realistischen Gymnasium anzuknüpfen und dessen Vorzüge, welche so unerheblich nicht sind, zunächst einmal beizubehalten. Dazu rieten ja auch rein praktische Gründe, beispielsweise die Möglichkeit eines Schulwechsels während der Gymnasialjahre.

Auf der anderen Seite ist in der Tat nicht einzusehen, warum im Sprachlabor in Kalksburg – es wird an 20–30 Wochenstunden benützt – nur lebende Fremdsprachen und nicht auch Latein und Griechisch unterrichtet werden sollen.

Ein mit allen nötigen Apparaten für audio-visuelle Unterrichtsmethoden einschließlich eines Videorecorders ausgestattetes Filmstudio wird in den verschiedensten Fächern eingesetzt.

Die Septimaner besuchen ein einstündiges Seminar für Wirtschaftsfragen, wo sie unter Beiziehung von Wirtschaftsfachleuten und auf Exkursionen zu Industrieanlagen und Finanz-

instituten mit den Anfangsgründen der Betriebs- und Volkswirtschaft vertraut gemacht werden.

Im Deutschunterricht der 2. Klasse lernen die Schüler Maschinenschreiben nach dem Colortip-ETS-System, in dem zugleich ein Rechtschreiblehrgang eingebaut ist.

In der 7. Klasse wird nicht nur wie früher Psychologie, sondern auch Soziologie unterrichtet, wobei die großen päpstlichen Sozialzyklen ebenso behandelt werden wie die Techniken der Demoskopie und die Formen des Managements. Da im Religionsunterricht der 7. Klasse zugleich Moraltheologie auf dem Lehrplan steht, ergeben sich zahlreiche Querverbindungen zur Soziologie, wenn man beachtet, daß die Gebote 4 bis 10 des Dekalogs gesellschaftliche Verhaltensnormen signalisieren. Außerdem trägt die Soziologie dazu bei, das vorwiegend individualistische Bildungsideal des humanistischen Gymnasiums (harmonische Entfaltung der Persönlichkeit) zum Mitmenschlichen, Gesellschaftlichen, Sozialen hin zu öffnen.

Und wenn die Kleinen während des Handarbeitsunterrichts in den Werkstätten für Automechanik und Tischlerei die ersten Handgriffe lernen, können die Großen in der vom Kolleg veranstalteten Autofahrschule den Führerschein erwerben.

Zwar könnte man jetzt noch die Leistungsgruppen in mehreren Fächern, die «Galerie Kalksburg» für moderne Kunstausstellungen, den Schilft mit Flutlichtanlage im eigenen Park, die Klubräume der Altkalksburgervereinigung in der Wiener Hofburg und manches andere erwähnen. Jedoch ist es gewiß nicht damit getan, ein paar interessante und aktuelle Lerngegenstände und pädagogische Einrichtungen dem Gymnasium einfach anzufügen. Sie müssen vielmehr dem gesamten Bildungsplan organisch integriert werden.

Von Aristoteles zum Computer

So wurde zum Beispiel in der 6. Klasse ein einstündiges Pflichtfach «Einführung in die elektronische Datenverarbeitung» (EDV) eingerichtet und zu diesem Zweck ein Kleincomputer angeschafft, an dem die Schüler auch außerhalb der Unterrichtsstunden üben können. Nun wird einerseits dieses neue Unterrichtsfach dadurch vorbereitet, daß der Mathematikunterricht von der ersten Klasse an auf die sogenannte Mengenlehre umgestellt ist. Und ferner dadurch, daß die Schüler während des Handarbeitsunterrichts im Atelier für Schwachstromtechnik Gelegenheit haben, die Grundelemente der Computer-Hardware kennen zu lernen. Andererseits werden einige Auswirkungen der EDV auf Industrie und Technik, Politik und Verwaltung beim Studium der Soziologie in der 7. Klasse erörtert.

Nicht zuletzt eröffnet die EDV ganz neue Aspekte für den Logikunterricht in der 8. Klasse. Von der lateinischen und der griechischen Grammatik, welche sich dazu wie keine anderen eignen, führt ein kleiner Schritt zur traditionellen Logik des Aristoteles und der Scholastik – und von da zur sogenannten Logistik. Dieser Weg bedeutet eine zunehmende Formalisierung, «Mathematisierung» der Sprache, die ihren Abschluß in der Booleschen Algebra findet. Und diese wiederum ist die Basis, aufgrund derer «das Gehirn des Computers» funktioniert. Wenn der Schüler demnach die Zusammenhänge zwischen Wort und Zahl, zwischen Grammatik und Mathematik erfaßt, dann hat er an einem Modellfall ein zentrales Problem unserer technisierten, automatisierten Zivilisation begriffen, und zwar von innen her, in seinem geistigen Kern. *Werner Heisenberg* hat die Lehre aus diesem Beispiel allgemeiner formuliert: «Wer in irgendeinem Fach, sei es Technik oder Medizin, den Dingen (systematisch oder historisch oder philosophisch) auf den Grund gehen will ..., wird für seine eigene Arbeit viele Vorteile daraus ziehen, wenn er von den Griechen das prinzipielle Denken, die prinzipielle Fragestellung gelernt hat.»

Chancen der konfessionellen Privatschule

Die konfessionellen Privatschulen befinden sich in einer recht günstigen Situation, wenn es darum geht, auf dem Schulsektor echte Pionierarbeit zu leisten. Sie haben ungleich größere Möglichkeiten zu Experimenten als staatliche Anstalten, welche in ihrer Bewegungsfreiheit viel stärker eingeschränkt resp. «außengesteuert» sind. Das Schulmonopol ist längst von der Kirche auf den Staat übergegangen. In einer Zeit aber, wo die staatliche Bildungsreform gefährliche Tendenzen fördert, besteht die Chance der Privatschulen in richtungweisenden, exemplarischen Alternativen. Selbstverständlich ist das Experiment Kalksburg nicht das einzige oder gar das beste Schulmodell – so etwas gibt es in einer pluralistischen Gesellschaft überhaupt nicht –, wohl aber eines, welches jeden Einsatz, auch von seiten des Ordens, lohnt. Hier gilt die Mahnung des französischen Dichters *Charles Péguy*: «Katholischsein genügt leider nicht; man muß zudem im Zeitlichen wirken, will man die Zukunft den zeitlichen Tyrannen entreißen» (*Oeuvres en prose 1909–1914*, Paris 1957, Seite 1214). Dazu reichen organisatorische, institutionelle, administrative Reformen, so notwendig sie sein mögen, allein nicht aus. Es gibt nur ein einziges Bildungsproblem, dem heute absoluter Vorrang gebührt, nämlich der zwingende Imperativ zur Qualität von Bildung. Für sie ist der Mensch selbst das Maß aller Dinge.

Georg Bürke, Wien-Kalksburg

«Zeitgeschichte»

Ein Geschichtsprofessor äußerte kürzlich in einem Streitgespräch, Geschichte sei früher im Sinne der Formel V—G, das heißt Vergangenheit minus Gegenwart, verstanden worden, heute aber laute die Gleichung:

$$\text{Geschichte} = \frac{V}{G},$$

was offenbar heißen soll, das Interesse an der Gegenwart bilde nunmehr *bewußt* den Faktor oder «Raster», nach welchem der immense und informelle Stoff der Vergangenheit zu «teilen» und darzubieten sei.

Was immer man von einer solchen Vereinfachung hält (sie scheint unumwunden Geschichte als Ideologielieferanten für die Politik zu legitimieren, was sie natürlich schon immer – man denke an *Cäsars Gallischen Krieg!* – mehr oder weniger war): ein Gutes hat sie für sich. Sie bietet keine Rechtfertigung mehr dafür, mit dem Geschichtsunterricht 1848 oder 1870 aufzuhören, wie dies unsere Generation noch weithin erlebt hat. Wer die Gegenwart erklären will, kann von der jüngsten Vergangenheit nicht absehen: er hat die Epoche der «Mitlebenden» einzubeziehen. Dafür ist in Frankreich schon zur Zeit der Französischen Revolution der Begriff der «histoire contemporaine» entstanden, der heute noch – das ist bezeichnend – den ganzen Zeitraum von der «Gegenwart» bis zurück zu jenem uns doch schon sehr fernen Ereignis umfaßt. Im deutschen Sprachgebrauch hat sich dafür nach dem Ersten Weltkrieg der Begriff «Zeitgeschichte» eingebürgert, wofür es mittlerweile an verschiedenen Universitäten eigene Lehrstühle und Institute gibt.

Eine neue Zeitschrift

Es zeugt von Begeisterung und Freude am Risiko, daß heute in Österreich das Experiment einer neuen Zeitschrift für Zeitgeschichte gewagt wird. «*Zeitgeschichte*» erscheint jährlich zehnmal (12 Nummern) im Verlag Geyer-Edition, Hofmühlgasse 14, A-1060 Wien. Die Herausgeberin, Univ. Prof. Dr. *Erika Weinzierl*, ist über ihre Tätigkeit am Historischen Institut der Universität Salzburg hinaus als Leiterin des (freien) Instituts für *kirchliche* Zeitgeschichte am Salzburger Mönchsberg bekannt.

Im *ersten Heft* (Oktober 1973) der «*Zeitgeschichte*» sind zwei Beiträge von allgemeinstem Interesse. Der erste von *Heinz Strotzka* befaßt sich mit der Geschichte *Chinas* im 20. Jahrhundert als Aufgabe des Geschichtsunterrichts. Wie weit ist hier das «Prinzip des Exemplarischen» anwendbar? Nach welchen Kriterien (die auch den Schülern mitzuteilen sind) soll ausgewählt werden? Der Verfasser greift den «Langen Marsch» heraus. Es läßt sich zeigen, daß er kein «repräsentatives», das heißt für andere Geschehnisse typisches Ereignis war, sondern erst durch die spätere Entwicklung seinen Stellenwert erhält und zum Mythos wird. Zur Gegenüberstellung traditioneller und moderner Werte empfiehlt der Autor das Studium der Lösungen der Studenten der 4.-Mai-Bewegung

(Kulturrevolution) sowie der Funktion der Religion (Konfuzianismus) und der Sprache (als Herrschaftsinstrument) innerhalb des chinesischen Gesellschaftssystems. – Der zweite Beitrag ist ein Literaturbericht von *Ernst Hanisch* über *Neuere Faschismustheorien*. Diese internationale Übersicht geht von den Werken Ernst Noltes aus, kreist um die Frage nach der Rolle der Wirtschaft und dem «Primat der Politik» (Kontroverse Tim Mason/Eberhard Czichon) und mündet bei den jüngsten Werken von Kühnl und Clemenz. Der DDR-Forschung wird der Erweis der Zusammenarbeit von «Teilen der Industrie» mit Hitler und insgesamt den «marxistischen» Faschismustheorien ein Vorsprung «nach Anspruch, Umfang und Durchführung» gegenüber den nichtmarxistischen Theorien zuerkannt, doch hätten die Marxisten wesentliche Fragen unbeantwortet gelassen, z. B. die folgende: Warum gelangte der Faschismus nicht in den kapitalistisch am höchsten entwickelten Ländern wie USA und England zum Durchbruch?

Der 20. Mai 1973

Den Versuch zur Bewältigung der Gegenwart kann man nicht früh genug beginnen. Die evangelische Zeitschrift *Reformatio* (September 1973, Druckerei Benteli AG, CH-3018 Bern) hat das «reformierte Nein» bei der eidgenössischen Volksabstimmung zur Aufhebung der konfessionellen Ausnahmeartikel (Jesuiten- und Klosterverbot) zum Gegenstand einer zeitgeschichtlichen Sondernummer gemacht. Zunächst gibt *Peter Gilg* das Ergebnis einer Untersuchung des Forschungszentrums für schweizerische Politik an der Universität Bern über das «Verhalten der nicht römisch-katholischen Stimmbürger» bekannt. Das meiste davon wurde allerdings schon kurz nach der Abstimmung in der Presse veröffentlicht und man mag es bedauern, daß man seither nicht mit einer zusätzlichen Umfrage (Stichproben in einzelnen Gemeinden) weitergebohrt hat. Immerhin wird die These von einer «wachsenden nichtkatholischen Annahmefähigkeit bei zunehmender konfessioneller Mischung» durch vermehrte regionale Angaben teils relativiert, teils differenziert, wobei zur bloßen Konfessionsstatistik die jeweilige Bedeutung der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) an Ort und Stelle bzw. in der Nachbarschaft («Grenzräume») herangezogen wird. All dies ändert aber nichts an der Dunkelziffer über die Stimmbeteiligung und Stimmenthaltung, die sich statistisch nicht nach Konfessionen aufgliedern läßt, weshalb wir über das je aktivere oder passivere, entschiedener oder unentschiedener Verhalten der evangelischen und katholischen Stimmbürger in den verschiedenen gemischten Regionen im Ungewissen bleiben.

Daß es aber in einem viel tieferen Sinn um das «Verhalten» geht und daß deshalb die Aufarbeitung der am 20. Mai enthüllten unbewältigten Probleme recht eigentlich der *Verhaltensforschung* bedarf, das hat aufgrund seiner vielfachen Erfahrungen als Chefredaktor einer reformierten Kirchenzeitung *Hans Heinrich Brunner* dargestellt. Sein Beitrag «*Information für Informatoren*» ist nicht nur der erhellendste zu der mangelnden Gefolgschaft des evangelischen Volkes gegenüber kirchlichen und politischen Führern und Leitbildern: er befaßt sich mit der allgemein sich vertiefenden Kluft zwischen «intellektuellen» Meinungsträgern und dem «Fühlen» des Volkes, mit der «kontraproduktiven Wirkung» einer rationalen Information, die als Bedrohung empfunden wird, mit den der *Ökumene* feindlichen *ökonomischen* Ängsten und mit dem Bedürfnis nach Geborgenheit, ohne die der *Ökumene* die *ökologische* Basis fehlt. Zu einem ähnlichen, wenn auch allgemeiner formulierten Ergebnis kommt Brunners Kollege *Klaus Bäumlin*, der als Chefredaktor der «Reformatio» die «ökumenische Herausforderung» des 20. Mai in gesellschaftlicher Diakonie und Seelsorge und in der pädagogischen Aufgabe des Abbaus von Feindbildern sieht. In die gleiche Richtung weist der mit konkreten Beispielen gespickte Beitrag des Katholiken *Paul O. Pfister*, während der Artikel von *Urs Altermatt* «Politischer Katholizismus» – eines der Hauptschlagworte der Abstimmungsgegner – den 20. Mai von der Geschichte der ehemaligen katholisch-konservativen Minderheit her bewertet, womit das Heft durch einen professionellen Zeitgeschichtler seine Abrundung erhält.

Der Weg der Schweizer Katholiken

Derselbe Urs Altermatt geht in einer fast fünfhundert Seiten umfassenden Studie dem «langen Weg der Schweizer Katholiken zu nationalen Volksorganisationen» im Zeitraum von 1848–1919 nach. Der Benziger-Verlag hat sie unter einem Titel ediert, der etwas provokativer wirkt: *Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto*. Der Ausdruck «Ghetto» wird in Anlehnung an deutsche Kirchenhistoriker und Theologen (Schmidthüs, Lill, K. Rahner) verwendet und mit dem Begriff angelsächsischer Sozio- und Politologen (Almond Dahl) einer «Subgesellschaft» gleichgesetzt. Dabei geht es um ein «vielfältiges Geflecht vielzähliger Organisationen und Institutionen», in welchem die Katholiken konservativ-kirchlicher

Observanz in dem nach ihrer «Sonderbundsniederlage» geschaffenen radikal-liberalen Bundesstaat zuerst eine Art «Ersatzheimat» und allmählich auch ein Instrument zur politischen Sammlung mit dem Ziel der gleichberechtigten Mitsprache im demokratischen Staat fanden. Insofern auf diese Weise der «Politische Katholizismus» entstand, verdient die Feststellung Beachtung, daß die katholische Bewegung in der Schweiz, im Unterschied zu ausländischen Parallelercheinungen, die demokratische Staatsform nie in Frage gestellt, sondern von Anfang an als der schweizerischen Tradition entsprechend betrachtet hat. Andererseits zeigt die ganze Studie, daß es eine einheitliche katholische Front nur in den Augen der Gegner gegeben hat, insofern sowohl der Unterschied von Deutsch und Welsch (vor allem im kirchlichen Vereinsgefüge) wie vor allem der Gegensatz zwischen «Diaspora» und katholischen «Stammländern» einen unschweizerischen Uniformismus verhindert haben.

Auf der politischen Ebene bezeugten dies die beiden Parteienamen «katholisch-konservativ» und «christlichsozial», die man erst in allerjüngster Zeit auf gesamtschweizerischer Ebene in den neuen Einheitsnamen CVP (Christlich-Demokratische-Volkspartei) umgegossen hat. Die Entstehungsgeschichte dieser Partei sowie der Spitzenorganisation auf der Vereinesebene (SKVV: Schweiz. Kath. Volksverein) bildet das Kernstück dieses Buches, das mit der verblüffenden Feststellung schließt: «Der Weg ins Ghetto war Voraussetzung für den Weg aus dem Ghetto. Oder pointiert ausgedrückt: Der Weg ins Ghetto war zugleich ein Weg aus dem Ghetto.»

Daß dieses Ghetto aber in den tieferen Bewußtseinschichten vieler seiner Glieder wie seiner Feinde bis heute nachwirkt, dürfte gerade der 20. Mai bewiesen haben. Deshalb bedarf es nicht nur der «protestantischen Gewissensforschung», wie sie sich im obgenannten Heft der «Reformatio» niederschlägt, sondern auch der katholischen. Dazu hat Jesuitenprovinzial *Willi Schnetzer* in der «Schweizerischen Kirchenzeitung» vom 1. November einen kleinen Beitrag geleistet. Er spricht darin (mit dem Psychologen Matussek) von einem «biographischen Konservativismus», der darin begründet ist, daß Menschen nicht zur persönlichen Reife gelangt sind. Deshalb die Vorliebe für eine Autorität («sei es nun der Papst oder Mao»), deshalb die Liebe zu einer verabsolutierten Idee, die für sie «wichtiger ist als die Liebe zum konkreten Menschen und zur Wirklichkeit». Schnetzer schließt sich deshalb der Feststellung der protestantischen Brüder in der «Reformatio» an, es sei eine vordringliche Aufgabe der Kirchen heute,

Mitarbeiter für das Lektorat

unseres Buchverlages gesucht.

Wir erwarten eine dynamische Persönlichkeit mit kritischem Denkvermögen und sicherem Urteil. Die Aufgabe erfordert Initiative und geistige Beweglichkeit wie auch Verständnis für wirtschaftliche Belange. Kontaktfähigkeit und Verhandlungsgeschick sind gleichfalls Voraussetzung.

Entsprechend unserer Zielsetzung als katholisches Verlagshaus legen wir Wert auf eine grundsatzklare Übereinstimmung in Haltung und Gesinnung mit dem weltanschaulichen Charakter des Unternehmens und erwarten ein echtes inneres Engagement für Fragen des Christseins in der heutigen Zeit.

Wenn Sie Ihr berufliches Wirken in den Dienst des guten Buches stellen wollen und bereit sind, sich dafür voll einzusetzen, dann richten Sie bitte Ihre Anfrage oder Bewerbung (mit handgeschriebenem Lebenslauf) an

Verlagsanstalt Tyrolia

6020 Innsbruck, Exlgasse 20, Telefon 05222/2 27 41

sich um den verunsicherten Zeitgenossen und Gläubigen anzunehmen, eine Aufgabe, die in der «Reformatio» als ökumenische politische Diakonie und Seelsorge bezeichnet wird, insofern sie einerseits auf eine Ökumene hinstrebt, in der es keine «Fremden» mehr gibt, andererseits auch mit den in der «Schwarzenbachmentalität» wirkenden Kräften (die Ausländerfrage spielte am 20. Mai mit!) maßvoll und sachlich umzugehen lernt.

L. Kaufmann

Schweizer Synoden zwischen Programm und Erfahrung

Die schweizerischen Diözesansynoden gehen immer mehr ihre je eigenen Wege. Bei der dritten Arbeitssitzung gab es nur noch ein gemeinsames Thema: die Vorlage «Gebet, Gottesdienst und Sakramente im Leben der Gemeinde». Dieses Eigenleben führt nicht nur die einzelnen Bistümer auseinander, es beginnt auch die bisherige Konzeption der Synode in manchen Punkten in Frage zu stellen.

Der rechtliche Rahmen war von der Vorstellung her entworfen worden, daß die Texte des Konzils auf die konkrete Situation in der Schweiz anzuwenden seien. Man dachte, die Synoden hätten so einen klaren Hintergrund und es gehe vorwiegend darum, zu konkreten und präzisen *Entscheidungen* zu kommen. So orientierte man sich am Modell eines Parlamentes. Die Erfahrung der Synoden zeigt nun aber, daß der gemeinsame Hintergrund keineswegs problemlos gegeben, sondern in vielfältiger Bewegung ist, und daß man sich keineswegs ständig auf vorgegebene Texte beziehen möchte. Im Tessin formulierte ein Synodale, es gebe zwar immer noch Leute, die unablässig Texte mit Texten vergleichen, die Aufgabe liege aber doch darin, das Wort Gottes mit dem *Leben* zu konfrontieren.

Der Wunsch nach «Grundsatzdebatten»

Der stärkste Widerstand gegen die bisherige Arbeitsweise meldete sich in Freiburg. Synodalen aus Genf begannen mit einem Bummelstreik, und bald stellte sich eine überwiegende Mehrheit hinter die Forderung, man dürfe sich vom vorgegebenen Programm nicht mehr hetzen lassen. Die Arbeit sei auf eine beschränkte Zahl von Themen zu reduzieren. Auszugehen sei von der Erfahrung, dann sei es möglich, zu sinnvollen Grundsatzdebatten vorzustoßen. Man setzte auch gleich eine Diskussion über das Wesen der Sakramente an. Dabei fragten Laien Theologen und kirchliche Amtsträger, wie heute «Sakramente» zu verstehen seien. Doch keiner der Angesprochenen fand Worte, mit denen er den Erfahrungshintergrund der Fragenden traf. Man verlor sich vielmehr in ermüdenden Erörterungen. So wurde rasch klar, daß man fruchtbare Grundsatzdebatten keineswegs «bestellen» kann.

In anderen Synoden traten ähnliche Probleme auf. Man reagierte jedoch etwas vorsichtiger, steuerte nicht gleich auf Grundsatzdebatten zu, sondern neigte eher einem Sowohl-Als-auch zu. In Sitten wurden die Sachkommissionen aufgefordert, ihre Arbeit auf Schwerpunkte zu konzentrieren und dabei allenfalls selbst auf wichtige Traktanden zu verzichten.

Diese Konzentrierung allein vermag aber das Problem der Synoden noch nicht zu lösen. In der Basler Versammlung zeigte sich an einem konkreten Beispiel, daß ein fruchtbares und weiterführendes Gespräch nur dann gelingen kann, wenn mindestens eine Reihe von Synodalen über eine entsprechende eigene Erfahrung oder über Fachwissen verfügen. Beim Thema Militärdienstverweigerer war dies der Fall. So kam es nach der klärenden Information durch einen Initianten der politischen Initiative für einen schweizerischen Zivildienst (Münchensteiner Initiative) zu einer hochstehenden Auseinandersetzung zwischen Feldpredigern, Juristen, Militärs, Theologen und Militärdienstverweigerern.

Welche Themen sind «synodenfähig»?

Ähnliche Voraussetzungen sind aber längst nicht bei allen Themen gegeben. Zwar gewinnen manche Synodalen durch ihre intensive Mitarbeit in den Sachkommissionen oft eine beachtliche Kompetenz. Doch dieser Einarbeitung sind Grenzen gesetzt. Es stellt sich deshalb immer dringender die Frage, welche Themen überhaupt «synodenfähig» sind und welche eher an andere, bereits bestehende oder geplante Gremien – wie etwa den katholischen Missions-, Bildungs- oder Medienrat – weiterzugeben sind. Man würde nun meinen, daß sich jene Fragen für die Synode eignen, für die bei einer Mehrzahl von Synodalen eigene Erfahrung oder ein gewisses Fachwissen erwartet werden können. Das hätte nun gerade bei der Vorlage *Gebet, Gottesdienst und Sakramente im Leben der Gemeinde* zutreffen sollen, die – wie bereits erwähnt – bei der letzten Arbeitssitzung als einzige in sämtlichen sieben Vollversammlungen behandelt wurde. Trotzdem ist das Gespräch nirgends zu den tieferen Gründen der heutigen Schwierigkeiten vorgedrungen. Warum?

Die Vorlage war darauf ausgerichtet, 113 Einzelbeschlüsse zu verabschieden. Dieses Pensum führte notwendigerweise dazu, daß die einzelnen sich fast nur noch überlegen konnten, ob sie mit den vorgeschlagenen Texten einverstanden seien oder nicht.

Unter dem Stichwort «Gebet» forderte man etwa verschiedene pastoral-pädagogische Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Gebetskrise. Man fragte aber kaum, woher diese Krise überhaupt stamme (z.B. Gottesbild, Vorsehung, Projektionen?), wie die einzelnen Christen sie heute erleben und wie die Synodalen auf Grund ihrer eigenen Erfahrung eine mögliche Überwindung dieser Krise sehen. Man formulierte Wünsche, aber ein neuer und lebendiger Impuls wurde kaum spürbar.

Sonntagspflicht und Sakramente: Tendenz zum Kompromiß

Beim Thema «Sakramente und Gottesdienst» wurden Einzelanträge wie: Erneuerung des Katechumenates, Aufschub der Taufe, Ritus der ersten Begegnung mit der Kirche, Erwachsenentaufe, Firmalter und Firmspender, Eucharistieverständnis, neues Kirchengesangbuch, Sonntagspflicht, Gottesdienstformen, sakramentale Bußfeier, letzte Ölung als Krankensalbung und andere mehr aneinandergereiht. Doch so vieles konnte unmöglich eingehend behandelt werden. Bei allen Synoden traten darum drei Optionen mehr oder weniger in den Vordergrund:

▷ Man übte Zurückhaltung gegenüber dem Taufaufschub, forderte aber, daß der Kindertaufe normalerweise ein Taufgespräch vorausgehen solle.

▷ Man trat mehrheitlich für die Beibehaltung der sogenannten Sonntagspflicht ein, wollte diese aber als innere Verpflichtung, die entsprechende Ausnahmen zuläßt, und als Notwendigkeit für die Verwirklichung von Gemeinde verstanden wissen.

▷ Schließlich baten alle Synoden die Bischofskonferenz, sich in Rom dafür zu verwenden, daß der Bußgottesdienst als gleichberechtigte sakramentale Form neben der Einzelbeichte anerkannt werde.

In all diesen Bereichen ging es um Dinge, die für die kirchliche Praxis bedeutungsvoll sein können. Doch das Gespräch führte kaum über das hinaus, was man darüber heute auch in Pfarr- und Diözesanräten zu hören bekommt. Man hatte eben nicht viel Zeit und drängte sogenannten «ausgewogenen» Kompromissen zu. Die eigentlichen Anliegen der gegensätzlichen Positionen wurden nicht voll gewürdigt.

Zielsetzungen oder Normen für die Sexualität?

Eine ähnliche Tendenz zum Kompromiß machte sich allerdings auch dort bemerkbar, wo man sich bisher – wie etwa beim Thema «Sexualität» – mehr Zeit gelassen hatte. In zwei Synoden, Chur und St. Gallen, war diesmal die definitive Verabschiedung eines Textes zu dieser Frage vorgesehen. Der erste diesbezügliche Entwurf war bereits vor zwei Jahren von einer gesamtschweizerischen Vorbereitungskommission veröffentlicht worden. Er ging von der Voraussetzung aus, daß es im sexuellen Verhalten – wie bei allen menschlichen Handlungen, die sich nicht direkt auf Gott beziehen – Verfehlungen durch ein Zuviel und ein Zuwenig gibt. Der sexuellen Zügellosigkeit auf der einen Seite steht jene Art von Selbstbeherrschung gegenüber, die zur Verdrängung und Verkrampfung führt. Hierin hatte die gängige kirchliche Moral ihre Schlagseite. Der erste Entwurf der gesamtschweizerischen Kommission reagierte ziemlich aggressiv dagegen. Doch aus dem Text, der zur ersten Lesung kam, war dieser Ton bereits wieder verschwunden. Während der Debatte zeigten sich dann noch weitere Bedenken.

So lagen für die zweite Lesung schließlich Formulierungen vor, die im Vergleich zum «Urtext» bereits als sehr vorsichtig gelten konnten. Zur vorehelichen Sexualität sagte zum Beispiel der Churer Text: «Die Geschlechtsgemeinschaft hat nach christlicher Überzeugung ihren idealen und eigentlichen Ort in der öffentlich geschlossenen Ehe.» Damit wurde einerseits die grundlegende Ausrichtung der menschlichen Sexualität klar bezeichnet, andererseits hielt man durch die Worte «ihren idealen und eigentlichen Ort» doch den Blick dafür offen, daß der Bereich der Sexualität sehr komplex ist und daß zwischen Zügellosigkeit und Verdrängung nur schwer durch feststehende Normen, sondern eher durch die Angabe des Zieles zu unterscheiden ist. Während der zweiten Lesung wurde nun diese Darstellung, das heißt die Worte «ideal» und «eigentlich», immer noch als zweideutig empfunden und mit einer relativ großen Mehrheit abgelehnt. Immerhin hielt man hinsichtlich vorehelichen geschlechtlichen Begegnungen einen Unterschied in der sittlichen Beurteilung aufrecht, je nachdem es sich um unpersönlichen, bindungslosen Verkehr oder um eine Geschlechtsgemeinschaft von solchen Paaren, die sich auf dem Weg zur Ehe befinden, handelt. Man vermied auch, bei einem von der Norm abweichenden Verhalten sogleich von schwerer Sünde zu reden. Der verabschiedete Text war also maßvoll. Er unterliegt aber doch der eindeutigen Tendenz, mehr vor den Gefahren der Ausschweifung als vor denen der Verkrampfung und Verdrängung zu warnen. In einer Welt, in der heute meistens die Bindungslosigkeit gepredigt wird, mag diese Tendenz sehr gerechtfertigt sein. Da es aber immer noch manche Kreise in der Kirche gibt, in denen die Gefahren der Verdrängung für die geschlechtliche und auch religiöse Hingabefähigkeit des Menschen nicht genügend erkannt werden, wäre auch dazu ein klares Wort angebracht gewesen.

Auf der St. Galler Synode zeigte sich zunächst beim gleichen Thema eine ähnliche Tendenz wie in Chur. Vor der Schlußabstimmung bildete sich aber plötzlich eine Jugendfraktion, die gegen den bereits bereinigten Text entschiedene Stellung nahm. Die überwiegende Mehrzahl der Synodalen ging darauf ein, mit der endgültigen Verabschiedung zuzuwarten und dieser Jugendfraktion nochmals die Gelegenheit zu geben, ihre Anliegen zur Sprache zu bringen.

Ökumene: Klare Option und scharfe Konfrontation

Zu präziser und mutiger formulierten Optionen kam es beim Thema «Ökumene». Der Sprecher der Sachkommission in Chur, Prof. Johannes Feiner, legte mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die Schwierigkeiten dar, die sich dem Bestreben nach einer gegenseitigen eucharistischen Gastgemeinschaft zwischen der katholischen und den reformatorischen Kirchen

entgegenstellen. Er verdeutlichte aber ebenso scharf die Gründe, die zugunsten dieses Wunsches sprechen. Schließlich verband er beide Argumentationsreihen auf differenzierte Weise in der *Bitte an die Bischofskonferenz, sie möge in einigen klar umschriebenen Fällen einer eucharistischen Gastgemeinschaft gegenüber keinen Einspruch erheben*.¹ Diese Form der Argumentation war so überzeugend, daß in Chur das Dokument «Gemeinsames Zeugnis und Zusammenarbeit der Kirchen und der Christen» in der ersten Lesung ohne Gegenstimme angenommen wurde.

Zu schärfer profilierten Stellungnahmen, ja zu einer Polarisierung zwischen Bischof Mamie einerseits und der Mehrheit der Synodalen andererseits kam es in Freiburg. Der Bischof legte zur Frage der Ökumene unter besonderer Berücksichtigung der Mischehen und hier vor allem der religiösen Kindererziehung ein umfangreiches Dokument vor. Durch seine bestechende Offenheit beleuchtet es schlagartig die hintergründige Glaubensproblematik in der Kirche. Der Bischof zeigt darin, daß er das Ärgernis der getrennten Christenheit und die besonderen Probleme der Mischehen klar sieht und sie innerlich mitfühlt. Danach macht er aber ebenso deutlich, daß er sich durch kirchliche Dokumente an die Auffassung gebunden weiß, die katholische Kirche besitze die «Fülle der geoffenbarten Wahrheit» und «alle Mittel des Heiles». Er sagt dabei mehrfach, welchen Schmerz, ja welche Zerrissenheit er ob diesen zweierlei Sichten verspürt. Er findet danach keine umfassende Lösung, sondern glaubt sich zur fast ungeheuerlichen Aussage entschließen zu müssen: «Der Glaube ist wichtiger als das Leben.» Und unerbittlich zieht er daraus die Folgerung, bei Mischehen müsse man notfalls mit Hartnäckigkeit alles versuchen, um selbst den *toten* Glauben des katholischen Teiles zu wecken. Erst danach könne man von den Kindern sprechen.

Eine «Stunde der Wahrheit»

Auf die Äußerungen ihres Bischofs wußten viele Freiburger Synodalen in engagierter Weise zu antworten. Ein Priester bekannte, daß er bis jetzt immer anders gehandelt habe und sich nun frage, ob er mit dem Bischof noch in Gemeinschaft stehe. Ein protestantischer Gast erklärte: Wenn Bischof Mamies Einstellung wirklich die katholische Haltung ist, dann sind alle ökumenischen Bemühungen zum Scheitern verurteilt. Bischof Mamie mußte erfahren, daß seine unerbittliche Stellungnahme nicht nur den Graben zwischen den Konfessionen neu aufriß, sondern auch seine eigene Diözese innerlich zu spalten drohte. Auf eine mündliche Beantwortung ließ er sich nicht ein und versprach lediglich, den Synodalen später eine schriftliche Erwiderung zukommen zu lassen. Diese bekräftigten ihre Stellungnahme mit detaillierten Abstimmungen, die für alle durch den Bischof in Frage gestellten ökumenischen Optionen eine Zweidrittelmehrheit ergaben. Bischof Mamie lenkte etwas ein und versprach, auf jeden Fall und trotz seiner Bedenken die Empfehlungen dem Statut gemäß weiterzuleiten. Das Resultat machte deutlich, daß die Synode die Option des Bischofs für einen Glauben (im Sinne der Annahme einer Totalität von überlieferten Glaubensformulierungen) gegen das Leben zurückwies und jenem nicht minder bekenntnisfreudigen Arzt und Synodalen folgte, welcher gegen die vage «*Hoffnung*» des Bischofs auf eine christliche Einheit die aus der Erfahrung einer christlich gelebten Mischehe geschöpfte *Gewißheit* von christlicher Einheit stellte.

Nicht nur in Freiburg, sondern auch in einigen andern Syn-

¹ An diesem Punkt wird deutlich, welche zusätzlichen technischen Schwierigkeiten die mehrsprachige schweizerische Synode 72 zu bestehen hat. Der deutsche Text: Die Bischöfe mögen in bestimmten Fällen *keinen Einspruch erheben*, wurde nämlich ins Französische übersetzt mit: die Bischöfe mögen in bestimmten Fällen *erlauben*. Dieser kapitale Übersetzungsfehler ist den meisten bis jetzt nicht einmal aufgefallen.

oden kam es zu unerbittlichen Stellungnahmen. Da sie dort nicht von Bischöfen kamen, führten sie zu weniger Belastungen. Grundsätzlich dürfte aber für alle das gleiche gelten. Die Synoden dürfen letztlich dankbar sein für solch geradlinige Konsequenz. Es zeigt sich ja immer mehr, daß den Gegensätzen in der Kirche durch wortreiche Diskussionen nicht mehr beizukommen ist. Eine neue Versöhnung ist nur möglich, wenn die unterschiedlichen Positionen nicht zugenebelt, sondern bis in die letzten Konsequenzen ausgezogen werden. Dann wird sich nämlich zeigen, was sich selber ad absurdum führt und was in eine neue christliche Freiheit mündet. Solche Stunden der Wahrheit dürften letztlich wichtiger sein als alle Bemühungen um neue Arbeitsweisen. Meiner Meinung nach sind Synoden in erster Linie eben keine Parlamente, in denen Kompromisse ausgehandelt werden, sondern Orte der konfrontierenden Begegnung, in denen Erfahrungen ausgetauscht und mit Einsatz um die Wahrheit gerungen werden soll.

Raymund Schwager

Buchbesprechung

Seeber Otto / Yorick Spiegel (Hrsg.): BEHINDERT – SÜCHTIG – OBDACHLOS. Projektarbeit mit Randgruppen (Gesellschaft und Theologie, Abt.: Praxis der Kirche Nr. 12). Chr. Kaiser-Verlag, München, und M. Grünewald-Verlag, Mainz, 1973, 208 Seiten.

In unseren modernen Industriegesellschaften gibt es eine Reihe von Gruppen, die in besonderer Weise diskriminiert sind, die in dem Geflecht von Sozialleistungen, von gesellschaftlicher Anerkennung und Hilfeleistung weithin zwischen den Maschen hindurchfallen. Dazu gehören insbesondere behinderte Kinder und Jugendliche, drogenabhängige Heranwachsende, Strafgefangene, Rocker, Obdachlose, Lehrlinge und Kriegsdienstverweigerer.

Mit diesen sieben «Randgruppen» oder «Randständigen» der Gesellschaft beschäftigt sich der vorliegende Band, dessen Herausgeber Otto Seeber (wissenschaftlicher Planer für die Ausbildung von Berufsschullehrern an der Universität Bremen) und Yorick Spiegel (Dozent für Religionssoziologie an der Universität Gießen) sind. Alle Beiträge fußen auf Erfahrungen kirchlicher oder der Kirche nahestehender Initiativgruppen, die in konkreter und unmittelbarer Projektarbeit mit sozialen Randgruppen engagiert sind.

Im jeweils ersten Schritt der Artikel wird eine sorgfältige Beschreibung und Analyse der einzelnen Randgruppen geboten (Zahl, Lebensbedingungen, Ursache der Diskriminierung usw.). Daran schließt sich ein Erfahrungs-

bericht aus der Arbeit einer Projektgruppe an. Konkrete Vorschläge zur Organisation solcher Arbeit im Rahmen der Kirche schließen jeden Beitrag ab.

Das Einleitungskapitel des Buches von Yorick Spiegel, «Jesus und die Minoritäten», entwirft eine theologische Basis für weitere und intensivere Versuche von Gruppenarbeit an diskriminierten Minoritäten. Es wird gezeigt, daß die Arbeit mit benachteiligten, gefährdeten, behinderten, in ihrer materiellen wie psychischen Existenz bedrohten Menschen eine Aufgabe ist, die die Kirche nicht bloß «am Rande», sondern vielmehr in ihrem innersten Kern betrifft.

Ein abschließender Beitrag mit dem Titel «Maxvorstadt München» legt dar, was eine Kirchengemeinde für die Menschen eines ganzen Stadtteils tun kann, die durch Stadtplanung und Veränderung ihrer Umwelt verdrängt werden sollen. Der Verfasser, Ralf Dantscher, ist seit 1968 als Kaplan in der Pfarrei St. Ludwig in München tätig.

Das Buch ist vor allem Gemeindepfarrern, Sozialarbeitern, Dozenten und Studenten der Praktischen Theologie sowie der Fachschulen für Sozialarbeit und den Leitern bzw. Mitarbeitern von Beratungsstellen als Lektüre zu empfehlen.

Reinhard Abeln, Stuttgart

Zur Titelseite

Ungewöhnlich und kühn ist es zweifellos, Texte aus Friedrich Nietzsches «Antichrist» zum Ausgangspunkt von *Meditationen* zu machen, die nicht nur «christlich», sondern bewußt *christologisch* sein und damit einer allzu oberflächlich werdenden «Jesulogie» entgegentreten wollen. Das nämlich ist das Anliegen von Josef Nolte, der seinem im Patmos-Verlag erschienenen Bändchen den Titel *Wahrheit und Freiheit* gegeben hat.

Noch riskanter ist es aber, aus einem solchen Versuch ein Kapitelchen herauszureißen und auch dieses nur lückenhaft in Auszügen abzdrukken, damit es auf dem beschränkten Raum unserer «ersten Seite» Platz hat. Wir gehen dieses Risiko ein, weil wir hoffen, daß diejenigen, die sich auf diese keineswegs «süßige» Kostprobe einlassen, nicht nur «Anstoß nehmen», sondern sich zur Lektüre des ganzen Bändchens und vor allem zum Weiterdenken anstoßen lassen.

Der ausgewählte Text stammt aus dem Kapitel mit der Überschrift *Die Praktik ist es*. In der Tat ist ja der heutige Christ, nachdem ihn eine ideologisierende *Orthodoxie* weithin im Stich gelassen hat, in seinem Glaubensbewußtsein vermehrt um die *Orthopraxie* besorgt. Nietzsche mag uns dazu herausfordern. Er schrieb seinen «Antichrist» allerdings für «übermorgen», und seiner Mutter gab er den Rat: «Lies es nicht, Mütterchen – lies es nicht; es ist von einem ganz anderen Standpunkt aus geschrieben.» Für Nietzsche stand damals bereits der Tod vor der Tür, und im biographischen Kontext gesehen, so meint Josef Nolte, wäre es «durchaus keine Überforderung von Nietzsches Text und Stunde, die versteckten *laudes Christi* (das Christuslob) des «Antichrist» als *ars moriendi* (Kunst des Sterbens) zu verstehen».

Da Nietzsche also vor dem Äußersten steht, muß auch sein «Standpunkt» so verstanden werden, daß der «Schlüssel zum ganzen Christ-Sein» die Möglichkeiten eines Christ-Seins «in der *Tat*» hinfieden als «nicht mehr denkbar» erscheinen läßt. Denn dieser Schlüssel heißt: «Widersteht nicht dem Bösen». Das ist das Fazit, das Josef Nolte am Schluß seiner Meditation zieht, sie ist aber nicht «fertig», sie bezeichnet einen Übergang. In diesem Sinne haben wir den Text auch gerade für die Schwelle ausgewählt, die zwischen dem Monat November und dem Advent steht. Denn Advent verträgt eigentlich keine bloße Bewahrung, er fordert das Wagnis, sich dem «Übermorgen» zu stellen, das damit bereits in uns anbricht.

Über den Autor Josef Nolte sei erwähnt, daß er als Theologe mit einem Werk «Dogma in Geschichte», Versuch einer Kritik des Dogmatismus in der Glaubensdarstellung (Herder, Freiburg 1971), an die Öffentlichkeit trat, das in der von Hans Küng und Jürgen Moltmann herausgegebenen Reihe «Ökumenische Forschungen» erschienen ist. Er ist heute Assistent am Leibniz-Kolleg der Universität Tübingen und hat in deren Fachbereich Theologie sowie an der Universität Konstanz Lehraufträge.

In derselben Reihe wie Noltés «Wahrheit und Freiheit» (64 Seiten, DM 7.–) ist fast gleichzeitig erschienen: *Zu Gast bei Simon*, eine biblische Geschichte langsam gelesen von Klaus Schäfer. Der Patmos-Verlag, der diese ansprechend aufgemachten Bändchen preiswert anbietet, will damit beweisen, daß auch sogenannte progressive Theologen fähig sind, Erbauungsbücher zu schreiben, allerdings in einer erneuerten Spiritualität. Solche Anregungen zur Besinnung, allenfalls durch eine «antichristliche» Verfremdung hindurch, schenkt man sich und einander sinnvollerweise nicht erst zu Weihnachten, sondern – jetzt.

K.W./L.K.

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen

Redaktion: Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebner, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin

Anschriften von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 36 07 60

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen: Schweiz: Postcheck 80-27842 – Deutschland: Postscheck Stuttgart 62 90-700 «Orientierung», Zürich – Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Scheckkonto Nr. 133.629 (Vermerk 0001/268499 «Orientierung») – Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065, «Orientierung» C.E. Suisse No 020/081.7360 – Italien: Postscheckkonto: Roma 1/28545 «Orientierung» Zürich

Abonnementspreise: Ganzes Jahr: Fr. 24.– / Ausland: sFr. 27.– / DM 24.– / öS 160.– / FF 40.– / Lit. 5800.– / US \$ 9.50–

Halbjahresabonnement: Fr. 13.50 / Ausland: sFr. 15.– / DM 13.50 / öS 85.–

Studenten-Abonnement: Schweiz Fr. 15.50 / Ausland: sFr. 17.– / DM 15.50 / öS 95.– / Lit. 3700.–

Gönnerabonnement: sFr./DM 32.– (Der Mehrbetrag von sFr./DM 8.– wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzel exemplar: sFr./DM 1.50 / öS 9.–

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich